



Der Ständerat will Eltern über die Familienzulage unterstützen: Ein Junge in einer Kinderkrippe. Foto: Sophie Stieger

100 Franken pro Tag als Kitazulagen für Familien geplant

Fremdbetreuung Wer Kinder extern betreuen lässt, soll künftig direkt Unterstützung bekommen. Das will der Ständerat. Offen ist, woher das Geld dafür kommen soll.

Cyrrill Pinto

Ein Kind in eine Kita zu schicken, kostet in der Schweiz viel Geld. Und in verschiedenen Gegenden des Landes sind Kitaplätze nach wie vor knapp. Seit Jahren läuft deshalb in Bundesbern eine Debatte um die Frage, wie stark der Staat die externe Kinderbetreuung unterstützen soll. 2003 startete ein Programm zur «Anschubfinanzierung» von Kitaplätzen. Dadurch fliessen Finanzhilfen an Kitas, Horte oder Mittagstische.

Das Parlament hat die Finanzierung mehrmals verlängert, zuletzt sprach sich der Nationalrat für eine Verlängerung bis Ende 2026 aus. Bis dahin soll es eine unbefristete Lösung geben, um die Kinderbetreuung zu unterstützen. Die Frage ist nur: Wie soll diese aussehen?

Bis zu 500 Franken vom Bund für Eltern

Inzwischen hat die SP mit ihrer Kitainitiative den Druck erhöht. Sie fordert, dass Eltern maximal 10 Prozent ihres Einkommens für die Kinderbetreuung bezahlen müssen. Weil die Kitainitiative laut Bund Milliarden kosten würde, hat der Nationalrat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. 700 Millionen Franken sollte dieser den Bund kosten. Der Nationalrat stimmte im März einem Zuschuss an die Kosten zu – gegen den Widerstand von SVP, FDP und Teilen der Mitte.

«Wir haben jetzt einen gesetzlichen Vorschlag, jedoch sind noch keine finanziellen Mittel vonseiten des Bundes vorgesehen.»

Franziska Roth
SP-Ständerätin
und Präsidentin von Kibesuisse

Nun liegt das Thema beim Ständerat. Und der will die Finanzierung anders organisieren. Das Geld soll nicht an die Institutionen fliessen, sondern direkt in die Taschen der Eltern – und zwar über die Familienzulage. Pro betreutes Kind bis zum 8. Altersjahr sollen Eltern mindestens 100 Franken pro Monat erhalten, bei einem Betreuungstag pro Woche. Für jeden zusätzlichen halben Betreuungstag soll sich dieser Betrag um 50 Franken erhöhen. Das Maximum liegt also bei 500 Franken für fünf volle Tage.

Woher das Geld für dieses Programm kommt, sollen die

Kantone regeln. Ein Hauptteil soll von den Arbeitgebern kommen, aber die Kantone können eigene Beiträge für die Finanzierung sprechen und auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Finanzierung beteiligen.

Der Vorschlag spaltet den Ständerat, der gestern darüber debattierte. Vertreter von SVP, FDP und Mitte sprachen sich ganz grundsätzlich gegen eine Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Kitaplätzen aus. Wortführer ist SVP-Ständerat Jakob Stark. Er argumentierte, die Kinderbetreuung sei keine Bundesausgabe, eine Beteiligung sogar verfassungswidrig.

Rat vertagt den Entscheid wegen der Caroni-Wahlfeier

Die Befürworter sprachen sich dagegen für das neue Modell aus. Heidi Z'graggen sagte: «Es geht auch um die Chancengerechtigkeit für die Kinder.» Das sei eine zentrale Aufgabe für den Staat, so die Urner Mitte-Ständerätin.

Auch die zuständige Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP) sprach sich für die Regelung und eine Beteiligung des Bundes aus. Die Kinderbetreuung sei auch ein wichtiges Instrument zur Sozialisation der Kinder, so die Innenministerin.

Letztlich befürwortete der Ständerat den neuen Vorschlag mit grosser Mehrheit. Den Entscheid, ob sich der Bund auch fi-

nanziell beteiligen wird, vertagte der Rat aber, da gestern Nachmittag die Wahlfeier für den neuen Ständeratspräsidenten Andrea Caroni (FDP, AR) auf dem Programm stand.

Ob sich auch der Bund am Modell finanziell beteiligen wird, ist noch nicht entschieden. Eine Minderheit verlangt, dass dieser bis zu 200 Millionen einschliessen soll – so wie das auch bei den Familienzulagen der Fall ist, an die sich das neue Kitageldmodell anlehnt. Darüber entscheidet der Ständerat aber erst in der letzten Sessionswoche.

Ständerätin Franziska Roth (SP, SO), und gleichzeitig Präsidentin des Kita-Branchenverbands Kibesuisse, ist nach der gestrigen Debatte konsterniert: «Wir haben jetzt zwar einen gesetzlichen Vorschlag, jedoch sind noch keine finanziellen Mittel vonseiten des Bundes vorgesehen», sagt sie. Darüber müsse der Rat nochmals sprechen, fordert Roth. Dazu werde sie sich auch noch mit ihren Kolleginnen und Kollegen im Rat abstimmen. «Ich hoffe, dass sich der Bund am Ende finanziell an der Kinderbetreuung beteiligen wird.»

Wenn der Ständerat das Geschäft fertig beraten hat, wird dieses nochmals in den Nationalrat gehen. Der muss sich dann mit dem Vorschlag des Ständerats befassen. Bis die Gelder an die Eltern fliessen, wird es also noch dauern.